

EDITORIAL

❖ Seit dem Neujahrstag hat Deutschland die Präsidentschaft der Europäischen Union inne. Bis zu ihrem Ende am 30. Juni 2007 will Bundeskanzlerin Angela Merkel dem auf vielen Politikfeldern erstarrten Integrationsprozess zu neuer Dynamik verhelfen. Die politische Konfiguration ist günstig im ersten Halbjahr. Am 1. Januar hat Deutschland auch den Vorsitz der G 8 übernommen und damit einen bestimmenden Einfluss auf die politische Tagesordnung der wichtigsten Industrienationen. In diesem Jahr gibt es in Deutschland keine Landtagswahlen, die dem europäischen Gestaltungsprozess Fesseln anlegen könnten. Im März treffen sich die europäischen Staats- und Regierungschefs in Berlin, um in einer „Berliner Erklärung“ des 50. Jahrestages der Römischen Verträge zu gedenken und aus der einzigartigen Erfolgsgeschichte der europäischen Integration neue Visionen für die Zukunft Europas zu gewinnen. Mitte Januar dürfte Hans-Gert Pöttering mit klarer Mehrheit zum Präsidenten des Europäischen Parlamentes gewählt werden und seiner „Regierungschefin“ im Straßburger Parlament das Wort zu ihrer „Regierungserklärung“ zu Beginn der deutschen Präsidentschaft erteilen (vergleiche Seite 29 folgende in dieser Ausgabe).

Angela Merkel hat in der Novemberausgabe dieser Zeitschrift (vergleiche Nr. 444/2006) und im Dezember in einer Regierungserklärung vor dem Deutschen Bundestag die Ziele der deutschen Präsidentschaft erläutert und dafür plädiert, sie zu einem „nationalen Anliegen“ zu machen. Als wichtigstes Ziel des nächsten halben Jahres nennt die Bundeskanzlerin die Wiederbelebung des durch die erfolglosen Volksabstimmungen in Frankreich und den Niederlanden ins Stocken



geratenen Verfassungsprozesses. Hierfür will sie nach den französischen Präsidentschaftswahlen im Mai einen konkreten Fahrplan ausarbeiten. Weitere Ziele sind der Bürokratieabbau, der Klimaschutz, für den der deutsche Doppelvorsitz in der Europäischen Union

und bei G 8 eine besondere Chance bietet, und die Einführung des Diskontinuitätsprinzips in der Europäischen Union. Wie dies bisher schon mit den Gesetzesentwürfen am Ende der Legislaturperiode der nationalen Parlamente geschieht, sollen auch in der Europäischen Union alle anhängigen Richtlinienentwürfe verfallen.

Wenn die Fußballweltmeisterschaft in Deutschland der Welt etwas mitgeteilt hat, dann ist es dies: „Deutschland akzeptiert sich wieder selbst.“ Dies hat der luxemburgische Premierminister Jean-Claude Juncker kürzlich in dieser Zeitschrift (vergleiche Nr. 444/2006) festgestellt und die deutsche Präsidentschaft mit Angela Merkel als „Glücksfall für Europa“ bezeichnet. Deutschland bringe die größte Volkswirtschaft und das größte demografische Gewicht auf die europäische Waage, Deutschland ist das Land in Europa mit den meisten Nachbarn und deshalb auch das Land mit der größten Verantwortung in Europa und für Europa. All dies sollte Angela Merkel, basierend auf den europapolitischen Traditionslinien von Helmut Kohl, ermuntern und ermutigen, den europäischen Prozess kraftvoll voranzutreiben.

Herausgeber und Redaktion wünschen allen Lesern der *Politischen Meinung* ein gesundes und erfolgreiches neues Jahr. ❖

Wolfgang Bergdorf